

# Favoriten im Parlament



## **Das Finanzsystem - warum und welche Veränderungen notwendig sind !**

Im September haben wir im Nationalrat die sogenannte "OECD-Implementierung" im Bankwesen beschlossen, eine wichtige Veränderung im Bereich des Bankgeheimnisses. Davor brauchen sich die "kleinen" SparerInnen nicht zu fürchten, denn es geht hier um die Unterbindung von Steuerhinterziehung im großen Stil, welche der Öffentlichkeit schon viel zu lange geschadet hat. Die Zusammenhänge will ich hier kurz zusammenfassend erklären:

Transparente, faire und progressive Steuersysteme und auch deren Durchsetzung sind eine ganz wichtige Grundlage zur Sicherung von öffentlichen Einnahmen. Diese wiederum sind die Grundlage für wichtige Vorhaben von öffentlichem Interesse: erstens für eine gerechte Umverteilung, zweitens für die Schaffung von technischer und sozialer Infrastruktur, z.B. öffentlicher Verkehr und Gesundheitswesen. Und drittens auch für überfällige Preiskorrekturen, indem man zum Beispiel die Kosten für Umwelt an Marktpreise anbindet.

Die Globalisierung, wie wir sie jetzt haben, in rein neoliberalen Stile, führt zu einer höheren Mobilität von Kapital und zu noch größeren grenzüberschreitenden Aktivitäten von internationalen Konzernen und somit auch zu einer massiven Schwächung von nationalen Steuersystemen.

ExpertInnen haben errechnet, dass allein im Jahr 2005 nur von wohlhabenden Privatpersonen etwa 11,5 Milliarden US-Dollar in sogenannten Offshore-Zentren geparkt wurden, das heißt, in anderen Zahlen ausgedrückt, dass etwa 225 Milliarden US-Dollar dem Fiskus entzogen werden. Dabei sind nur Privatpersonen gerechnet und noch überhaupt

keine Unternehmen, was diese Summe noch viel größer werden lässt.

Wenn man das vor Augen hat, dann ist aber auch klar, dass dadurch Staaten und den EinwohnerInnen dieser Staaten Mittel entzogen werden, die ihnen eigentlich legitimerweise zustehen würden. Speziell Entwicklungsländer verlieren pro Jahr durch solche Mechanismen etwa acht Mal mehr an Geld, als sie über offizielle Entwicklungszusammenarbeitsgelder bekommen! Das bedeutet für Entwicklungsländer 900 Milliarden US-Dollar an illegitimen Finanzflüssen, die für sie durch Steuerflucht und Steuerhinterziehung verloren gehen.

Steueroasen ermöglichen also den Abfluss von Kapital in sehr großem Stil. Sie untergraben speziell für Entwicklungsländer die Möglichkeit, sich aus eigener Kraft zu entwickeln, aus eigenen Steuereinnahmen Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Armutsbekämpfung usw. zu finanzieren, und sie rauben den Menschen dort ihre Existenz- und Entwicklungsgrundlage.

Gegen solche Steueroasen weltweit vorzugehen, dazu bedarf es international wirksamer, kräftiger Instrumente. Wir brauchen zusätzlich eine starke UNO mit wirklichen Durchgriffsmöglichkeiten gegen Steuerhinterziehung, und wir müssen vehement darauf dringen, dass alle Steueroasen geschlossen werden, damit es Diktatoren und Autokraten nicht mehr möglich ist, ihr unterschlagenes Vermögen steuerschonend irgendwo anders hin zu verbringen und gleichzeitig die Rechtsstaatlichkeit auszuhöhlen.

Unsere im September im Parlament vorgenommene "OECD-Implementierung" ist ein kleiner Schritt in diese Richtung, und ein wichtiger Beitrag, um Globalisierung sozialer zu gestalten! Wir werden darüber hinaus noch vieles andere zu tun haben, zum Beispiel versuchen, ein gendergerechtes (also Frauen gleich behandelndes), umvertei-

*(Fortsetzung nächste Seite)*

# Favoriten im Parlament

lendes und progressives Steuersystem und auch internationale Steuern einzuführen. Ich begrüße daher auch sehr die Initiative der Bundesregierung in Sachen Finanztransaktionssteuer. Denn solche Transaktionssteuern wären ein probates Mittel, einerseits Finanzströme in den Griff zu bekommen und andererseits die notwendigen Mittel für internationale globale Herausforderungen wie Klimawandel und globale Entwicklung aufzutreiben. Drittens ist auch wesentlich mehr an Transparenz von Gewinnen multilateraler Konzerne notwendig.

Ich weiß, dass dieses Thema rund um die "großen Finanzen" ein bisschen sperrig ist und oft nicht leicht durchschaubar. Aber ich bin davon überzeugt, dass es wichtig ist, die internationalen Zusammenhänge zu verstehen und den sogenannten "kleinen BürgerInnen" näher zu bringen, da wir alle gemeinsam davon betroffen sind!

Die Sozialdemokratie und ihre Vorstellung einer gerechten Verteilung von Mitteln ist hier genau die

richtige Antwort auf eine rein neoliberale Ausrichtung, die nur Profitgier und Ausbeutung kennt.

Deshalb ist es auch so wichtig, gerade jetzt in Zeiten einer durch die Finanzspekulationen ausgelösten Wirtschaftskrise darauf zu achten, nicht nur die notwendigsten Reparaturen unseres aktuellen Systems anzugehen, damit es unsere Wirtschaft und damit unser aller Lebensgrundlage nicht vollkommen vernichtet. Wir müssen jetzt auch auf ein neues Wirtschafts- und Finanzsystem pochen und endlich die von uns angestrebte Umverteilung und ein sozial gerechtes Steuersystem voranbringen!

Dafür werde ich so wie alle SozialdemokratInnen weiterhin kämpfen und von unseren Ideen müssen wir auch alle ÖsterreicherInnen überzeugen - denn wir brauchen mehr Gerechtigkeit, wir brauchen die Sozialdemokratie!

**Eure Petra „Penny“ Bayr**

## **Zu Besuch im Parlament - diesmal die Samariterbund Jugend!**



*Die Jungen Samariter bei uns im SPÖ Parlamentsklub*

Am 5. Oktober war die Jugend des Samariterbunds aus Favoriten und Floridsdorf bei mir im Parlament. Das hat mich besonders gefreut, denn von Fünfjährigen aufwärts war damit wirklich eine bunte und lebhaftige Truppe zu Besuch in den "heili-

gen Hallen". Nach einer kleinen Führung durch das Parlament haben wir uns im Klub zu einem Gespräch zusammengesetzt, wo alle Fragen rund um Politik und die Arbeit im Parlament gestellt und auch beantwortet werden konnten - ein interessanter Abend für uns alle!

Wenn auch Ihr mich besuchen kommen wollt, mit einer Sektion, einer Schulklasse oder sonst einer Gruppe an Interessierten, seid Ihr herzlich willkommen - mehr Infos gibt's bei meiner Mitarbeiterin im Parlament, die Ihr am besten über Email erreicht: [gabi.bolen@parlament.gv.at](mailto:gabi.bolen@parlament.gv.at)

# Favoriten im Parlament



## ***Einspruch gegen Mochovce!***

Von Anfang September bis Anfang Oktober gab es die Möglichkeit, gegen das slowakische Atomkraftwerk Mochovce Einspruch zu erheben. Und zwar im Rahmen einer sogenannten grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung - einem wichtigen Instrument aus dem EU-Recht, welches hilft, die Ansprüche zwischen den einzelnen Nationalstaaten zu regeln, wenn die Auswirkungen eines Vorhabens eben nicht an den Grenzen enden und damit auch die Nachbarstaaten betroffen sind.

So wie unsere Umweltstadträtin Ulli Sima in Wien, habe ich mich auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass möglichst viele BürgerInnen von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen und ihren Einspruch gegen das grenznahe Atomkraftwerk erheben. Dafür gab es auch vorgefertigte Protestschreiben und Unterschriftenlisten, wie Ihr sicher wisst, da Ulli Sima dies per Post an alle WienerInnen versandt hat. Und tatsächlich haben alleine in Wien weit über 200.000 besorgte BürgerInnen diese Gelegenheit genutzt und mit ihrer Unterschrift einen Beitrag dazu geleistet, dass der Protest seitens Österreichs ernst genommen werden muss! Eine möglichst hohe Anzahl an Stimmabgaben für den Einspruch gegen das slowakische Atomkraftwerk ist auch besonders wichtig, um dem Nachbarstaat zu zeigen, dass es massive Bedenken seitens Österreichs gibt.

Damit können wir freilich nicht der Slowakei diktieren, was sie zu tun hat - so wie Österreich sich auch nicht von der Slowakei oder einem anderen Staat "dreinreden" lassen würde -, aber wir können sehr wohl darauf drängen, dass es eine Überprüfung der derzeitigen Pläne gibt. Denn die Aufrüstung von Mochovce - aktuell geht es ja um den Bau zweier weiterer Reaktorblöcke - ist keine rein nationalstaatliche Angelegenheit. Immerhin liegt dieses Atomkraftwerk nur 160 km von Wien entfernt, damit sind wir auch in Österreich massiv

davon betroffen und ein unsicheres AKW an unseren Grenzen geht uns sehr wohl etwas an!

Die Wiener Umweltschutzorganisation hat eine Studie in Auftrag gegeben, die zum Schluss kommt, dass "die Grundkonstruktion keine vollständige Anpassung an den heutigen Stand von Wissenschaft und Technik erlaubt. Die Möglichkeiten für Verbesserungen sind beschränkt, da die Bauwerke zu 70 Prozent und das Equipment zu 30 Prozent bereits fertig gestellt sind."

Genau darin liegt auch das Problem bei "neuen" Bauvorhaben in der Atomkraft. Abgesehen davon, dass wir meinen, dass die Energiegewinnung mit Hilfe der Atomkraft grundsätzlich viel zu gefährlich (und auch ineffizient) ist, werden aktuelle Bauvorhaben in Europa gerne aufgrund von völlig überalteten Plänen, die aus den 60er - 70er-Jahren stammen, angestrebt. Die KonstrukteurInnen aus der Zeit sind längst nicht mehr für Überarbeitungen erreichbar und die Mixtur aus alt und neu ist für jedes technische Vorhaben eine enorme Schwierigkeit - in so gefährlichen Bereichen also jedenfalls abzulehnen!

Es liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns, wenn wir erreichen wollen, dass Europa atomkraftfrei wird, denn es gibt offenbar eine sehr mächtige Lobby, die ihre Interessen zu vertreten weiß. Gerade seit das Problem des Klimawandels in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gelangt ist, meinen die Atomkraftbefürworter in Europa wieder Aufwind zu bekommen. Die österreichische Bundesregierung und allen voran unser Bundeskanzler sind in andauernden Gesprächen und Verhandlungen (auch wenn das nicht täglich in der Zeitung steht!) sehr darum bemüht, hier noch mehr Staaten von unserer strikten Anti-Atomkraft-Haltung zu überzeugen - und auch mit Erfolg! Denn die Argumente sind schließlich auf unserer Seite und es ist höchst an der Zeit, eine echte Energiewende, hin zu erneuerbarer, sauberer Energie zu vollbringen!



# Favoriten im Parlament

## **Der Umwelt-Info-Tag in und für Favoriten!**

Am 19. September lud ich in meiner Funktion als SPÖ-Umweltsprecherin zum 2. Umwelt-Info-Tag in Favoriten auf den Viktor Adler Markt. Es war einer dieser sonnigen Septembertage und so gab es eine ganze Menge interessierter FavoritnerInnen, die das Informations- und Beratungsangebot sehr gerne in Anspruch genommen haben.

Nachdem sich beim ersten Umwelt-Info-Tag 2007 schon gezeigt hatte, dass es tatsächlich einen großen Bedarf an mehr Information gibt, wie man noch besser Energie einsparen kann und damit sowohl einen Beitrag zum Klimaschutz leistet als auch viel Geld sparen kann, haben wir uns dazu entschlossen, nochmals diese Aktion zu starten.

Unterstützt haben mich dabei der Arbeiter Samariterbund und auch einige Engagierte unserer Bezirksorganisation. Außerdem konnten wir die zuständigen Magistratsabteilungen für die Mitarbeit gewinnen, sodass ein profundes Angebot an Beratung und Information in Umweltbelangen für die FavoritnerInnen zur Verfügung stand.

Vor Ort waren die Magistratsabteilungen für Umweltschutz (MA 22) und Wiener Wasser (MA 31) sowie auch die Wiener Umweltberatung, Biohelp und die Umweltschutzanwaltschaft mit ihren MitarbeiterInnen vertreten. Das Wien Energie Haus und das Klimaschutzprogramm der Stadt Wien hatten Informationsmaterial aufgelegt und mit dem Stand vom Arbeiter Samariter Bund war für das leibliche Wohl gesorgt.

Die Informationsveranstaltung für interessierte BürgerInnen bot somit an fünf Ständen mit ver-

schiedenen Schwerpunkten von Klimaschutz bis Energiesparen, von Wiener Wasser bis Bio-Lebensmittel Information und Beratung zu Umwelt-Themen. Außerdem konnte man gegen das Atomkraftwerk Mochovce in der Slowakei unterschreiben, was die FavoritnerInnen auch sehr gerne taten. Es hat mich natürlich besonders gefreut, dass wir an diesem Tag besonders viele Listen mit protestierenden FavoritnerInnen voll



*Am Stand der MA 22 (Umweltschutz)*

gebracht haben und damit zeigen konnten, dass wir auch weiterhin gegen den Ausbau der Atomkraft kämpfen werden!

Außerdem stand ich selbstverständlich für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Dabei ging es meistens um Umweltpolitik, aber auch um Anliegen, die den Bezirk betreffen. Ich nütze Veranstaltungen am Viktor Adler Markt auch immer besonders gerne, um im Gespräch den Kontakt zu den Menschen aus meinem Bezirk wieder zu intensivieren. Als Favoritnerin bin ich schließlich besonders gern in meinem Heimatbezirk unterwegs und es ist mir auch ein echt wichtiges Anliegen, den FavoritnerInnen unsere politische Arbeit näher zu bringen!